

# Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw. Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Publikations-Organ des Arbeiter-Samariterbundes. —

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,  
Winterfeldtstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488.  
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,  
den 15. April 1910.

Erscheint alle 14 Tage, freitags.  
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-  
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— Mk.  
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

## Inhalt:

Der Krankenpfleger und die Gesellschaft. — Der Wendepunkt. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Aus der Praxis. — Filiale Berlin. Angestellte der Privat-Badeanstalten. — Arbeiter-Samariterbund.

## Der Krankenpfleger und die Gesellschaft.

Kulturarbeit im wahren Sinne des Wortes ist die Krankenpflege. An ihrer Organisierung wird sich das Verantwortungsgefühl des Staates seinen kranken Gliedern gegenüber zeigen, wird sich zeigen, inwieweit die stärkeren bereit sind, den schwächeren Mitmenschen bedingungslos zu helfen; kurz, wird sich die Höhe oder noch viel mehr die Tiefe der Kultur zeigen. Bedingungslos muß die Krankenpflege ausgeübt werden, es darf nicht vorkommen — wie leider heute noch — daß man Todfranke, bei denen nur schnelles Eingreifen helfen kann, zurückweist, weil nicht alle bürokratischen Instanzen innegehalten, oder weil der Kranke, dessen Leben an einem Faden hängt, anderer Religion ist, als die die Pflege Ausübenden.

Wie gesagt, solange die Krankenpflege mit derartigen Einschränkungen ausgeübt wird, steht sie noch nicht auf der vollen Höhe. Aber nicht nur die Organisierung, auch die Ausübung der Krankenpflege muß ohne Verpflichtung seitens des Kranken geschehen. Denn jeder Mensch, der erkrankt ist, hat das Recht, von der menschlichen Gesellschaft zu verlangen, daß man zu seiner Gesundung alles anwendet, sei er arm oder reich, in beiden Fällen ist's ein Menschenleben, das auf dem Spiel steht.

So betrachtet, ist der Krankenpflegerberuf einer der idealsten, ist er ein Beruf, mit dessen bedingungsloser Ausübung man beweisen kann, daß es einem ernst ist mit der Verwirklichung der Forderung, der Starke solle dem Schwachen helfen. Zu der Ausübung dieses hohen Berufes gehört nun vor allen Dingen ein berufsfreudiger Stand von Pflegepersonal. Es gehört vor allen Dingen ein Personal dazu, daß seinen Stand achtet und ehrt, und zu dessen Hebung alles beiträgt, was in seiner Macht liegt.

Wenn wir Krankenpfleger durch unsere Organisation die Forderung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Sicherstellung an die menschliche Gesellschaft erheben, so ist dies eine Kulturforderung. Und die Verwirklichung dieser Kulturaufgabe sollte um so eher geschehen, als die menschliche Gesellschaft dadurch nicht nur den Krankenpflegern ihre berechtigten Forderungen erfüllt und dadurch dieselben berufsfreudiger macht, sondern auch die Gewißheit hat, seine kranken Glieder in guten Händen zu wissen.

Wenn wir auf der einen Seite fordern, so wissen wir ganz genau und sind es uns jederzeit bewußt, daß wir auch Pflichten haben. Pflichten, die einmal in der strengsten Pflichterfüllung unseres Berufes bestehen, Pflichten insofern, als wir das Wohl der Kranken vor alles andere stellen und endlich Pflichten, die wir außerhalb unseres Berufes als Krankenpfleger der menschlichen Gesellschaft schuldig sind. Diese letzten Pflichten sammeln sich in der Hauptpflicht, daß wir Apostel der Gesundheitspflege werden. Alles, was wir tun, sei es zum Vergnügen, sei es zur Belehrung oder Erholung, muß

unter der Richtschnur und dem Bewußtsein geschehen, daß wir in erster Linie die Verkörperung der angewandten Gesundheitspflege werden. Haben wir doch tagtäglich am Krankenbette Gelegenheit, Erfahrungen und Lehren zu sammeln. Mit der Pflege am Krankenbett hört unsere Mission als Kulturarbeiter keineswegs auf, sondern die Gesellschaft verlangt noch darüber hinaus eine mütterlgütige Lebensweise von uns. Und das ist ihr gutes Recht!

Wie schon jedes einzelne Individuum sich keineswegs die Lebensphilosophie zu eigen machen darf: Wie ich lebe und was ich tue, ist meine eigene Sache, das geht niemand etwas an; so in noch viel höherem Maße der Krankenpfleger, nicht sowohl als einzelner wie als Stand.

Mit den Ärzten sind wir Krankenpfleger die ersten, an die die menschliche Gesellschaft die Forderung stellt, der jehigen Menschheit ein „Dank!“ zuzurufen, ihr den Weg zurück zur Wiegeburt in gesunderlicher Beziehung zu weisen. Da wirkt ja bekanntlich das persönliche Beispiel am besten. Wir müssen vorbeugend wirken. Wenn wir auch nur in engen Grenzen mit der breitesten Öffentlichkeit in Berührung kommen, so ist uns doch auch selbst dort noch Gelegenheit geboten, vorbildlich zu wirken. Schon allein durch unser Beispiel. Wir müssen uns klar machen, daß die menschliche Gesellschaft unsere persönliche Lebensführung ganz besonders betrachtet, und sich vielfach danach richtet. Unbewußt. Wie ja überhaupt so manche Gebräuche durch mechanisches Nachahmen von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbt werden. Wir wollen einmal annehmen, alle in der Krankenpflege beschäftigten Personen würden abinent leben. Was für einen Eindruck würde das auf die ganze menschliche Gesellschaft machen! Schon durch die bloße Tatsache würde unendlich viel gewonnen sein. Und nun das Gegenteil: Ein Alkoholiker ist auf dem Wege der Besserung. Er sieht, wie der Pfleger vielleicht seine Altsche Bier täglich trinkt und wenn er's nicht sieht, so hört er wohl darüber sprechen. Oder er bekommt selbst Bier. Ist das nicht eine gefährliche Sache; ist das nicht ein Spiel mit Feuer?

Wir sehen also, daß wir die Aufgabe haben, durch unser persönliches Beispiel auf unseren Wirkungskreis einzuwirken, um dadurch ungesunde Angewohnheiten, unbewusstes Verwüsten der Gesundheit zu bekämpfen.

Daß wir als einzelne nicht imstande sind, soziale Ursachen der Krankheiten zu beseitigen, ist wohl selbstverständlich, daß wir aber gegen Krankheitsursachen, soweit sie in lieb gewordenen Gewohnheiten, gedankenlosem Nachahmen wurzeln, durch unser persönliches Beispiel erfolgreich angehen können, ist auch eine Selbstverständlichkeit. Denn was soll man zu einem Krankenpfleger sagen, der in seiner persönlichen Lebensführung alle Gesetze der Hygiene außer acht läßt? Er hat zum mindesten noch nicht seine vorbildliche, vorbeugende Aufgabe innerhalb der menschlichen Gesellschaft begriffen.

Indem der Krankenpfleger seine Pflicht außerhalb seines Berufes als Gesundheitsapostel erfüllt, kann er weitergehen zu der anderen Aufgabe, die seiner harret: ein Apostel des Verantwortungsgefühls und des Pflichtbewußtseins. Er sieht so oft den Menschen im Todeskampf; er sieht so oft, wie der Tod alle Unterschiede ausgleicht. Da lernt er denn erkennen, wie oft die menschliche Gesellschaft im Kampf ums Dasein den schwächeren Teil rücksichtslos zugrunde richtet und vorzeitig dem Siedtum



und dem Tode anheimgibt. Wie oft hat er nicht einem jungen Mann die Augen zudrücken müssen, der in der schönsten Blüte des Lebens stand, aber ein Opfer seines Berufes ward. Wie oft hat die Krankenpflegerin Gelegenheit zu beobachten, wie die Frauen der Arbeiter in gekränktem Zustande bis kurz vor der Geburt arbeiteten, weil sie mußten, und daß dies die Ursache dauernden Siechtums ward!

Apostel des Verantwortungsgefühls und des Pflichtbewußtseins sollen die Krankenpfleger sein. Sie sollen der menschlichen Gesellschaft zeigen, daß man nicht nur die Krankheiten bekämpft, indem man sie heilt, sondern viel mehr noch, indem man sie verhütet. Rücksichtslos muß er der Gesellschaft ihre Unterlassungssünden in dieser Hinsicht vorhalten, muß ihr Verantwortungsgefühl und ihr Pflichtbewußtsein nicht schlafen lassen. Auch das ist eine Sache, die er nicht mit sich allein abmachen kann, sondern um die ihn einst der jetzt schwächere Teil der Menschheit später einmal zur Verantwortung ziehen wird: „Sieh, Du hast alles gewußt, Dir hat Dein Beruf besonders traffe Beispiele vor Augen geführt und doch hast Du geschwiegen. Hast nicht Deinen Teil dazu beigetragen, daß es besser werde!“

Wir Krankenpfleger müssen zum Ankläger des jetzigen rücksichtslosen Teils der menschlichen Gesellschaft werden, die ihren schwächeren Teil durch eine unvernünftige Ausbeutungspolitik der Krankheit einem frühzeitigen Tode in die Arme treibt.

Wenn wir Krankenpfleger diese beiden Pflichten, die die menschliche Gesellschaft gerade unseres Berufes wegen an uns stellt, erfüllen, so haben wir uns die Bahn frei gemacht, um unsere Forderungen nach wirtschaftlicher Freiheit und Sicherheit mit allem Nachdruck erheben zu können. Wir sind ein Stand geworden, der innerhalb seines Berufs durch die hingebende Pflichterfüllung, aufopfernde Tätigkeit zum Wohle der Kranken einerseits, und durch eine vorbildliche persönliche Lebensführung und soziale Einsicht der menschlichen Gesellschaft gegenüber andererseits seine hohe, ideale Kulturmission zeigt. Indem wir Krankenpfleger alle unsere Pflichten erfüllen, wollen wir auch keine unserer Forderungen zurückweisen lassen. — id —

### Der „Wendepunkt“.

„Die Vadeantalt“ bringt in ihrer Nr. 3 einen Bericht über eine Sitzung des Vereins der Berliner Vadeantaltbesitzer, worin wir folgendes lesen:

„Einen Wendepunkt nennt Herr Gahl das verfloßene Jahr in bezug auf das Verhältnis zu den Arbeitnehmern. Das vertrauliche Zusammenarbeiten sei vollständig gewichen und an Stelle dessen ein Kampf der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber getreten. Wenn er auch in diesem Jahre noch nicht öffentlich in Aktion trete, so sei er nur aufgeschoben. Ein äußerliches Zeichen dieser Kampfesstimmung sei schon das Einschlagen der Schlichtungskommission, da die gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten nur noch vor der Beschwerdekommision verhandelt worden seien. Öffentlich wird dieses Vorgehen den schlafenden Teil der Arbeitgeber auf und mahnt die Freidenker zu einem engeren Zusammenschluß, nur dann könnten die Kollegen vertrauensvoll in die Zukunft blicken.“

Herr Gahl hat recht! Der so bitter notwendige Wendepunkt ist eingetreten mit der Verschmelzung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Filiale Groß-Berlin. Wenn daraus nun gefolgert wird, „auch in bezug auf das Verhältnis zu den Arbeitgebern“, so stimmt dies auch. Wenn ferner daraus gefolgert wird, daß das vertrauliche Zusammenarbeiten vollständig gewichen sei und an Stelle dessen ein Kampf der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber getreten sei, so fragt sich nur: Wer hat diesen vermeintlichen Kampf (von dem wir augenblicklich noch nichts wissen) heraufbeschworen? — Die Arbeitnehmer doch sicher nicht, denn diese haben sich bisher nur ihrer Paat gewehrt. Oder meinen die Herren Arbeitgeber vielleicht, daß sich die Arbeitnehmer die ihnen garantierten Rechte einfach wieder nehmen ließen, ohne sich zur Wehr zu setzen? Nein, meine Herren Arbeitgeber, die Angestellten sind heute mündig und stehen ihren Mann.

Will man also von einem Kampf sprechen, so ist uns dieser von den Besitzern aufgetrieben worden. Dies sollten sich die Herren eigentlich selbst sagen. Denn wo ist es heute üblich, daß sich ein Besitzer Arbeiter hält und will sie nicht bezahlen? Ja, man geht noch weiter. Man achtet nicht einmal die tariflich festgelegten Bestimmungen, zum Teil auch nicht die Ausführungsbestimmungen, welche die Zentralkommission mit den Vadeantaltbesitzern getroffen hat. Die Schlichtungskommission hatte sich bisher ausnahmslos mit Verstößen der Arbeit-

geber gegen die bezeichnenden Abmachungen zu beschäftigen; waren Angestellte mit verwickelt, so ist es auf Veranlassung der Arbeitgeber geschehen! Oft genug ist dies in den Sitzungen festgestellt worden, es erübrigt sich, alle Fälle einzeln anzuführen.

Wie haben sich nun häufig die Arbeitgebervertreter in dem Deuteln und Drehen der zur Verhandlung stehenden Fälle benommen? Selbst da noch, wo es kein Deuteln und Drehen gab? Und wie benahmen sich die beschuldigten Anstaltsbesitzer? Keine Herren Arbeitgeber, es sei heute nur daran erinnert; denn auf die Dauer kann sich auch der zahmste Mensch eine solche Art und Weise, wie sie von Ihnen geübt wurde, nicht gefallen lassen. Wir haben, trotzdem wir überzeugt waren, daß einzelne Arbeitgebervertreter nicht objektiv waren, die Schlichtungskommission nicht gemieden, sondern wir waren stets diejenigen, welche die Sünder vor das Forum forderten, und dank der „Freidenker“ kamen wir zu einem Resultat. Aber wünschen wir im Interesse des Rechts, daß aus einem eventuellen Kampfe eine große Anzahl „Freidenker“ hervorgehen möge, und mit Hilfe dieser Herren hoffen wir, dann den „Rudern“ die ihnen gebührende Zurechtweisung zuteil werden zu lassen.

Ein besonders trauriger Fall soll hier indessen doch angeführt werden: In allerlehter Zeit beschäftigte sich die Schlichtungskommission damit. Es handelte sich um Ausbesserung von Wäsche, welches die Frau eines Besitzers von einer Angestellten verlangt hatte. Obwohl der Besitzer erklärte, von seinen Angestellten nie wieder derartige Arbeiten zu verlangen und „daß seine Frau nicht zu bestimmen habe, denn er sei Herr“ usw., verlangte die Frau desselben Herrn nicht die Ausbesserung weiterhin, aber sie erklärte der Nachfolgerin folgendes: „Sie brauchen es nicht, aber ich sehe es gern.“ Also so achtet man Beschlüsse der Schlichtungskommission. Dies ist lange nicht der einzige Fall, es könnten deren viele aufgezählt werden. Wenn man aber sagt, ein Zeichen sei das Einschlagen der Schlichtungskommission, so sollten die Herren doch die ihnen bekannten Sünder zu laden beantragen. Wir stehen, wie es unsere Pflicht ist, zu Diensten. Bisher haben die Arbeitgeber, wohl so unter sich, diesen und jenen beschuldigt, aber zur Verantwortung haben sie noch keinen gezogen. Geradezu als komisch muß es auch bezeichnet werden, daß die Meinungsverschiedenheiten in lehter Zeit nur noch vor der Beschwerdekommision verhandelt worden seien. Weiß denn der Herr Obmann nicht, was für Beschwerden vor das Forum der Schlichtungskommission gehören, und wie solche Beschwerden aussehen müssen, die die Beschwerdekommision zu beschäftigen haben? — Wir wissen es. Es sei aber offen zugegeben, wenn wir eine schärfere Dandababe, als sie die Schlichtungskommission bietet, hätten, so lehnten wir es höflich ab, mit ihnen Beschlüsse zu fassen, die von vielen ihrer Mitglieder in den Wind geblasen werden. Aber trotzdem lassen wir den Mut nicht sinken, einmal werden wir doch erreichen, was wir erreichen wollen, ob es nun mit Hilfe der ihnen verhaßten „Freidenker“ geschieht oder nicht. Kommt aber einst der Kampf, so halten den Weg zum Siege weder die Rudern noch die Schloßmühen auf.

Unsere Forderung wird stets sein: für eine ehrliche Arbeit einen anständigen Lohn. D.

### Aus unserer Bewegung.

Berlin. Eine gutbesuchte Versammlung der Angestellten des Krankenhauses Am Urban tagte am 7. April im „Märkischen Hof“. Kollege Dittmer referierte über „Tagesfragen“ und ging dabei insbesondere auf die Ursachen der Mandatsniederlegung sämtlicher Berliner Arbeiter-Ausschüsse ein. Die Anwesenden folgten mit Aufmerksamkeit den Darlegungen des Referenten. — In einer anregenden Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Arbeiter-Ausschuh des „Urban“ schon seit Jahr und Tag außer Funktion sei. Die Anwesenden könnten keine Vertretung in diese nur dem Namen nach vorhandene Körperschaft erblicken. Alsdann wurden eine ganze Reihe von Mißständen aufgedeckt, wozu sich verschiedene Kollegen und Kolleginnen äußerten. Insbesondere zieht es in der Wäscheanstalt böse aus mit der Arbeitszeit, die zumeist 2 bis 3 Stunden länger ist, als in den übrigen Abteilungen. Ja, es ist am 3. Feiertag vorgekommen, daß die Mädchen bis gegen 11 Uhr beschäftigt waren. Selbst der Direktor Herr Diesener soll sich wiederholt mißbilligend ausgesprochen haben über die Arbeitsabteilung der Wäsche. Trotzdem läßt er die Anordnungen der Schwestern bestehen, weil sich gegenwärtig keine Änderung herbeiführen lasse. Es wurde behauptet, daß die maschinellen Einrichtungen für das gesteigerte Quantum kaum ausreichen. Dazu kommt, daß fortgesetzt neue Kräfte angelernt werden müssen, so



daß auch die männlichen Angestellten in diesem Betrieb in wilder Arbeitslast tätig sein müssen und ihre liebe Not haben. Außerdem fehlt auch die Einigkeit unter den weiblichen Kolleginnen in der Waschküche. Sie wollen in der Mehrzahl vom Verbands nichts wissen und murren wohl in aller Stille, trauen sich aber nichts zu sagen. So lange dies nicht besser wird, darf es nicht wunder nehmen, wenn ihre Arbeitskraft aufs äußerste ausgebeutet wird. — Es wurde auch festgestellt, daß Inspektor Achen es sich noch immer nicht verneinen kann, bei Urlaubsgejucken zu fragen: „Wo wollen Sie denn hingehen?“ Wir sind der Meinung, daß diese Ungehörigkeit gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann und der Direktor Diesener, der die Frage angeblich von Herrn Aachen beantwortet haben will, sollte alles tun, um nicht in diesen Verdacht zu geraten, indem er dem vorwichtigen Inspektor ein für allemal solche Fragen untersagt. Zum Schluß wurde noch diskutiert über die unzulängliche dreitägige Kündigungsfrist. Nach einer eingehenden Ermahnung des Kollegen Dittmer, für einen engeren Zusammenhalt im Verbands zu sorgen, in der Agitation nicht zu erlahmen und stets die Versammlungen zu besuchen, folgte ein gemüthliches Beisammensein.

**Berlin.** (Anstalt Dalldorf.) In der am 3. April abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Lehmann über „Arbeiterorganisationen im Laufe der Zeiten“. Hieraus unterzog Kollege Kerner die Ablehnung unserer Forderungen sowie die Nichtachtung der Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben einer eingehenden Kritik. Dabei brachte er den Beschluß der allgemeinen Vertrauensmänner sowie der am Tage vorher abgehaltenen großen Protestversammlung der städtischen Arbeiter zum Ausdruck: die Arbeiterausschüsse zum Niederlegen der Mandate aufzufordern. Die lebhafteste Diskussion brachte wieder eine Reihe Resolutionen zur Sprache; es wurde allgemein betont, daß nur eine starke Organisation Wandel schaffen kann. Mehrere Aufnahmen, in der Hauptsache weibliches Personal, wurden erfreulicherweise auch diesmal wieder gemacht. Die Organisation gewinnt sonach bei uns immer mehr an Boden. Den noch fernstehenden rufen wir zu: Schließt Euch sobald wie möglich auch dem Verbands an; denn nur Einigkeit macht stark. Darum darf kein Kollege und keine Kollegin länger zögern. Alle müssen ihren Eintritt in die Organisation vollziehen.

**Kuch.** Am 7. April fand bei Groß eine Versammlung des Personals der städtischen Heilanstalten statt. Kollege Schulz referierte über die Ablehnung der zum Etat 1910 gestellten Lohnanträge durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die damit dokumentierte Nichtachtung der generellen Anträge, die durch die Arbeiterausschüsse und die Organisationsleitung eingereicht waren, gaben Veranlassung, daß die Arbeiterausschüsse ihre Ämter niederlegten. Maßgebend für diesen Beschluß war auch noch die Tatsache, daß die Vertretungen für die Arbeiterausschüsse eine wirkungsvolle Vertretung der Arbeiterschaft so gut wie unmöglich machen. Alle an die Verwaltung, Deputationen wie auch an den Magistrat gerichteten Wünsche, den notwendigen freibetrieblichen Ausbau vorzunehmen, blieben bislang fromme Wünsche. Dadurch ist die Einrichtung der Arbeiterausschüsse nur als eine Dekoration geblieben und seitens der Verwaltungen auch nur gebraucht worden. Während nun aber die Mandatsniederlegung von den gesamten Arbeiterausschüssen vollzogen wurde, ist das von dem der Anstalt Kuch nicht zu sagen. Nur drei Kollegen waren sich ihrer Pflicht bewußt, daß sie mit ihrem Amt der Kollegschaft verantwortlich sind und den Beschlüssen der Kollegen Rechnung tragen müssen. Die anderen Ausschußmitglieder dünkten sich erhoben über die Kollegschaft zu setzen. Die Versammlung beschloß darum einstimmig, bei der Direktion wie bei der Deputation Einspruch zu erheben, daß solche Kollegen als Ausschußmitglieder weiter fungieren. Zur Begründung des Einspruches sind noch formalrechtliche Bedenken geltend zu machen, als der bestehende Arbeiterausschuß seine Mandate völlig unberechtigterweise ausübt.

**Gallung.** In unserer Monatsversammlung am 22. März sprach Kollege Sebold über „Die deutsche Sozialgesetzgebung und die Reichsversicherungsordnung“. Den interessantesten Ausführungen entnehmen wir folgendes: Die neue Reichsversicherungsordnung, die vor kurzer Zeit dem Reichstage zugeht und inhaltlich sechs Bände füllt, bringt für das arbeitende Volk keine Verbesserung. In der Invaliden- und Altersversicherung ist eine Erhöhung der Beiträge pro Marke um zehn Pfennige vorgesehen. In der Krankenversicherung dagegen tritt die auffallende Erscheinung zutage, daß die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge leisten wollen, bisher bezahlten sie ein Drittel, aus dem leicht erheblichen Grunde, um auch bei den Massenwahlen die Hälfte der Stimmen zu bekommen und womöglich die Leitung der Kassen den Arbeitern abnehmen zu können. Sie würden dann durch Einführung der gesetzlichen Renteileinigung schon dafür sorgen, daß sie trotz Halbierung der Beiträge nicht mehr als bisher zu zahlen brauchen. Reicher Weisall lobnte den Redner. Eine Anregung der Kollegen in Gabelsee, eine Konferenz der Irrenpfleger Paberns in Regensburg abzuhalten, wurde zustimmend aufgenommen, nur wurde der Zeitpunkt für verfrüht angesehen

und beschlossen, die Sache bis zum Herbst zu verschieben, sich einzuweisen mit den Kollegen der verschiedenen Anstalten in Verbindung zu setzen und Material für die Konferenz zu sammeln. Zwei Kollegen unserer Anstalt brachten auch Klagen vor, doch war es der Versammlung nicht möglich, darauf einzugehen. Danach wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**Übersee.** In Nr. 7 der „Sanitätsw.“ berichteten wir, daß ein Krankenpfleger beim Futter schneiden (!) verunglückte und ihm von der Maschine drei Finger abgeschnitten wurden. Wir knüpften daran kritische Bemerkungen über die Art der Verwendung des Pflegerpersonals und über die mangelhafte Beschaffenheit der Maschine. Nun hatte die Anstaltsdirektion in einer Richtighaltung an die „S. W.“ die Dinge anders dargestellt. Dazu wird nun von einem Kollegen geschrieben: Den Pflegern ist absolut nichts bekannt, daß durch eine frühere Verordnung deren Beschäftigung an landwirtschaftlichen Maschinen untersagt worden wäre. Dies geschah vielmehr erst am 16. März, also am Tage nach dem Unglück. Nach § 9 der Dienstamtsweisung aber unterließen die Pfleger in seiner diesbezüglichen Wirksamkeit dem Oekonomieverwalter, der als direkter Vorgesetzter anzusehen ist und dessen Anordnungen die Pfleger „bereitwillig“ Folge zu leisten haben. Darum hat es keinen Zweck, den Pflegern durch den Oberpfleger von den Verbot Kenntnis zu geben, sondern hier wäre zunächst mit dem Oekonomieverwalter ein kräftiges Wortlein zu reden. Es ist eine jederzeit erweisliche Tatsache, daß den Pflegern sehr oft solche Arbeiten übertragen wurden, wie sich auch der verunglückte Pfleger nicht eigenmächtig an der Maschine zu schaffen machte. Letzteres wird ja schon im Hinblick auf die Festsetzung des Unfalles völlig geklärt werden müssen. Wenn nun die Direktion behauptet, die Maschine hätte tadellos funktioniert, so mag ihr das vielleicht vom Herrn Verwalter berichtet worden sein. Aber warum wurde dann die Maschine eigentlich repariert? Und warum war es den Pflegern untersagt, den Mühlau zu benutzen, da sonst die Zahnräder brechen? Wäre die Maschine tadellos gegangen, dann hätten doch nicht zwei Mann (einer links, einer rechts), beim Futter schneiden einlegen müssen. Auch ist es Tatsache, daß wiederholt das Geschnitten wegen Nichtfunktionierens der Maschine abgebrochen werden mußte. Weiter ist der Beweis zu erbringen, daß die Pfleger nicht nur bei der Futter Schneidemaschine beschäftigt wurden. Der Baumeister befahl einem Pfleger sogar das Einlegen in die Dreschmaschine. Wenn man nun die Geschichte so zu decheln versucht, daß vielleicht der Vorgeher (Knecht) die Sache angeordnet habe, so stimmt das nicht. Aber immerhin würde diese Ausrede nichts nützen, denn der Vorgeher erteilt in Abwesenheit des Baumeisters die Befehle; er bezieht dafür (laut Etat) auch einen höheren Gehalt als alle anderen Knechte. Würde solchen Befehlen nicht Folge geleistet, so kommt in der Regel das dicke Ende in Gestalt einer Meldung und Bestrafung nach. Somit ist die „Richtighaltung“ der Anstaltsdirektion eben keine Richtighaltung, sondern nur eine Beschönigung. Und auf alle Fälle ist es nicht Aufgabe des Pflegers, selbst zu arbeiten, sondern er ist nur dabei, um die Kranken zur Arbeit anzuleiten und zu beaufsichtigen.

**Wobslau.** In der am 2. April abgehaltenen Versammlung berichtete Kollege Thomas über die am 30. März in Worms stattgefundene Konferenz des Personals der vier bessischen Landesirrenanstalten. Es wird demnach eine neue Petition an die Regierung gelangen, worin mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage einseitig eine vorläufige Lohnveränderung verlangt wird. Die Gratifikation soll in Wegfall kommen und eine Lohnskala eingerichtet werden. Der Referent sprach die Erwartung aus, daß die Regierung bzw. Kammer (Abteilung Gesundheitsamt) ihr Versprechen bald einlöst, da vom Personal auch Entgegenkommen gezeigt wurde. — Der Vorsitzende erörterte alsdann die Tätigkeit der Filiale. Wenn auch noch keine Lohnverbesserungen eingetreten seien, so sind es doch Fortschritte, wenn das Personal die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt hat. Das Bestreben muß darauf gerichtet sein, die maßgebenden Stellen von der Notwendigkeit der berechtigten Wünschen des Personals: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Gehälter, Wegfall der Gratifikationslöhne sowie gesonderte Schlaf- und Erholungsräume für das bedienstete Pflegerpersonal, zu überzeugen. Anschließend daran fand die Neuwahl eines Referenten und eines 1. und 2. Schriftführers statt. Gewählt wurden die Kollegen Maurer 1, Delp und Koch.

### Rundschau.

Die Vereinfachung des Kost- und Logistiksystems und die Umwandlung des Naturallohnes in Barlohn. Ein Ueberbleibsel aus dem Mittelalter, das in allen Handwerkszweigen bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein noch usus war, ist der Kost- und Logiszwang. Man nannte dieses System früher ein patriarchalisches Verhältnis. Ja, man ging sogar soweit, den Gewerksgehilfen zur Familie zu

rechnen. Doch wie ändern sich die Zeiten? Mittlerweile hat der Parolohn das Feld erobert. Denn nur mehr in ganz rückständigen Gewerben finden wir heutzutage dieses Verhältnis vor. Und wahrlich, die Gewerbe, in welchen diese Bevormundung verschwunden ist, haben sich nicht rückwärts, sondern vorwärts entwickelt. Trotzdem hat sich fortgesetzt besonders in den Kranken- und Heilanstalten sowie im Badebad das Kost- und Logiswesen neue Gebiete erobert. Angeblich soll dies im Interesse des Anstaltsbetriebes liegen. Es ist aber gar nicht einzusehen, warum nicht auch hier eine Aenderung vollzogen werden kann. Zum mindesten ließe sich selbst bei geschlossenen Anstalten ein allmählicher Uebergang erzielen, der beiden Teilen (Anstalt wie Angestellten) zugute käme. Nicht nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sollte Interesse für Abschaffung des Kost- und Logiszwanges vorhanden sein, auch staatsbürgerliche Rechte werden den betreffenden Arbeitern geraubt. Ein solcher Arbeiter kann sich eben niemals das Bürgerrecht erwerben, da er nicht als selbstständig angesehen wird. Außerdem raubt man solchen Arbeitern ebenfalls das Familienleben, das gerade von der heutigen Gesellschaft so hoch eingeschätzt wird; denn es ist geradezu eine Unmöglichkeit, daß ein solcher Angestellter sich eine Familie gründen kann. Nur junge, ledige Leute will man haben, denn ältere Gehilfen sind nicht mehr so anspruchslos in Bezug auf Kost und Logis. Was in sittlicher Beziehung das Logiswesen mit sich bringt, davon könnte der Fabrik- und Gewerbeinspektor ein Vießchen singen. In seinem Jahresbericht mußte er zugeben, daß er des öfteren gezwungen war, einzuschreiten.

### Aus der Praxis.

Die Behandlung der Paralyse mit Arsen-Präparaten. Nach dem neuesten Stande der medizinischen Wissenschaft gilt die Abhängigkeit der Reizzahl der Fälle von Paralyse (Gehirnerweichung) von der Syphilis für erwiesen. Mit dieser Erkenntnis eröffnet sich dem Psychiater eine vorbeugende, vielleicht auch für eine nicht ganz aussichtslose Frühbehandlung dieser im allgemeinen als unheilbar betrachteten Gehirnkrankung. Professor Alt, der bekannte Leiter der Landes-Heil- und Pflege-Anstalt in Mühlhausen, hat schon vor einigen Monaten über günstige Erfahrungen berichtet, die er bei Paralytikern mit dem von Professor Ehrlich in Frankfurt dargestellten Arsenopentylglycin gemacht hat. Mehr als bisher mußten auch die Heil- und Pflege-Anstalten für Geisteskranken mit Laboratorien und wissenschaftlichen Ausstattungen versehen werden, um die vielen Probleme, die nach dieser Richtung der Bearbeitung harren, zum Segen der Patienten zu lösen.

### Fimale Berlin. Angestellte der Privat-Badeanstalten.

Konats-Versammlung am Sonntag, den 17. April, abends 7 Uhr, pünktlich, in den „Cranienburgischen Feilsalen“, Chausseestraße 16. Tagesordnung: Stempelung der Kontrollkarten. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Ritter über „Soziale Kämpfe der Gegenwart“. Unterrichts-Kursus in Selbst-Verwaltung. Erster Vortrag der Frau Kießer-Morsfeld am Montag, den 18. April, abends 9½ Uhr pünktlich, Leipzigerstraße 58, v. H. Karl Dettloff, Obmann.

### Arbeiter-Samariterbund.

#### 1. Bundestag.

Nun ist der 1. Bundestag vorüber! Tüchtige Arbeit — frohe Stunden. Das war die Signatur dieser vier Tage. Es ist gute Arbeit geleistet worden, zum ferneren Wohle des Bundes. Mürge sachliche Diskussionen, wie man es leider selten gewöhnt ist. Fast sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Kolonnen können auf alle Fälle mit ihren Delegierten zufrieden sein.

An dieser Stelle darf nicht vergessen werden, den Dresdener Genossen und besonders dem Lokalkomitee für die erwiesene Gastfreundschaft und für die Arrangierung der Ausstellung unseren Dank auszusprechen. Die letztere war sehr gut, zu Zeiten sogar außerordentlich gut besucht. Sie war sehr zweckmäßig arrangiert. Die Dresdener Genossen gaben sich die größte Mühe, den Besuchern alles zu erklären. Einige von ihnen besaßen darin eine außerordentliche Virtuosität, um die man sie beneiden könnte. Jedenfalls war die Ausstellung für die Dresdener Kolonne eine gute Agitation.

Der Bundestag wurde, nach einer einleitenden Begrüßung des Gen. H. Brückner-Dresden, durch den Vorsitzenden eröffnet. Die vom Vorstände festgesetzte Tagesordnung wurde angenommen. Die aufgestellte Präsenzliste ergab die Anwesenheit folgender Genossen: Vom Vorstände: Stein-Frankenstein und Krause-Berlin, vom Ausschuss: Richter-Dresden, von den Revisoren: Dellmuth-Berlin. Delegierte: Sadelbusch und Frau Holzappel-Berlin, Denke, Hehre und Heinlein-Dresden, Fietzschmann-Bautzen, Feu-Boigt-Hamburg, Proedel-Nürnberg, Fietzschmann-Bautzen, Feu-Nöln, Richter-Eibau, Struntz-Ragdeburg, Lohse-Chemnitz. Den Bericht für Spandau gab Dellmuth-Berlin. Als Gäste waren anwesend: Gewerkschafts- und Pressevertreter: Gen. Wenzel-Chemnitz. Zeitweise waren auch viele Mitglieder der Dresdener Kolonne anwesend. Außerdem hatten wir auch das Vergnügen, den leitenden Arzt der Dresdener Kolonne, Herrn Dr. Aretschmann, an zwei Tagen unter uns zu haben. Zur Leitung des Bundestages wurde Richter-Dresden mit herangezogen.

Am Vorstands- und Massenbericht wurde wenig kritisiert, und man war allgemein mit den Arbeiten des Bundesvorstandes einverstanden. Es folgten dann die Situationsberichte der einzelnen Kolonnen. Da das Protokoll des Bundestages als Protokoll herausgegeben wird, so soll hier nur das Wichtigste hervorgehoben werden.

Von Berlin berichtet Sadelbusch über die Beteiligung der Kolonne an den Demonstrationen. Der Dresdener Kolonne hat die Wohlfahrtskommission das Tragen des roten Kreuzes an den Rücken verboten, und zwar auf eine Beschwerde des Landesvereins vom roten Kreuz. S. W. Meinen kann von einer regen Tätigkeit der Kolonne berichten. In 760 Fällen wurde Hilfe geleistet. Freier-Hamburg erkennt die Unterstützung der Hamburger Arbeiter an. Die Christkranke gibt der Kolonne eine Rückerstattung für verbrauchtes Material. Neu-Nöln betont die Schwierigkeiten in der Gewinnung von Ärzten, da der jetzt leitende Arzt Herr Dr. Oppenheimer von seiner Kollegen als Streikbrecher betrachtet wird. Struntz-Ragdeburg berichtet, daß die Kolonne seit der letzten Wahlrechtsbewegung großes Entgegenkommen gefunden hat, mit Ausnahme des Polizeipräsidenten. Diesen Schmerz wird man zu ertragen wissen. Etwas mehr Glück hat die Kolonne Eibau, wie Richter berichtet. Die Stadtverwaltung hat 100 Mk. zur Anschaffung von Materialien zur Verfügung gestellt. Man glaubt, daß dies nur die erste Rate sein soll. Fietzschmann-Bautzen berichtet, daß Stadtverwaltung, Bezirkskommando und rotes Kreuz in trautem Verein gegen die Kolonne arbeiten. Dem unterrichtenden Arzt wurde verboten, der sozialdemokratischen Kolonne Unterricht zu erteilen und das Gewerkschaftshaus zu betreten. Das rote Kreuz hat die Kolonne als sozialdemokratische Gründung denunziert. Dasselbe hätte es sich zur Aufgabe gestellt, nur Sozialdemokraten die erste Hilfe zu leisten. Lohse-Chemnitz kann auch erfreuliches berichten. Die Gründung der Kolonne ist dort erfolgt. Das Kartell stellte derselben 300 Mk. zur Verfügung. Von großem Interesse ist der Bericht von Proedel-Nürnberg über die Schwierigkeiten, welche ihnen bei Gründung der Kolonne seitens der Partei- und Gewerkschaftsführer gemacht wurden. Dort besteht eine bürgerliche Kolonne, welche zu Keuzgebühren aus Arbeitern besteht. Diese wird von Partei und Gewerkschaft mit je 100 Mk. unterstützt. Der Gründung der Arbeiter-Samariter-Kolonne wurde von der Partei und den Gewerkschaften und dem Parteiorgan entgegengeköpelt. Anträge auf Unterstützung der Kolonne wurden niedergeschlagen oder auf den St. Kimmereinstieg verlagert. Diese Ausführungen riefen auf dem Bundestag lebhafteste Entrüstungsäußerungen gegen die Nürnberger Partei- und Gewerkschaftsleitung hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, beim Parteivorstand sowie auch bei der Generalkommission Beschwerde zu erheben. Bemerkenswert ist noch, daß bei einem größeren Arbeiterfest zu Pfingsten beide Kolonnen vertreten sein sollen. Die bürgerliche Kolonne begleitet den Festzug (1 Tag), die Arbeiter-Samariter haben Dienst auf dem Festplatz (3 Tage). Der Bundestag gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Kolonnen ausgeschlossen sein muß. Wie die Dinge in Nürnberg aber liegen, soll man die Sache nun so gehen lassen, damit die Arbeiter-Samariter erst mal festen Fuß fassen. Zugespitzt wird aber, die Kolonne für diese Tage in weitgehendem Maße zu unterstützen und ihnen eventuell eine Anzahl Taschen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende berichtet dann noch, soweit Berichte vorliegen, über die Kolonnen, welche aus finanziellen Rücksichten keinen Delegierten entsandt haben. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter-Samariter dort hinzugehen haben, wo sie gebraucht werden. Sie müssen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Ausgeschlossen sind nur solche Veranstaltungen, bei denen der Durrapatriotismus zum Ausdruck gebracht wird.

Es wird dann zur Beratung der Anträge übergegangen. (Fortsetzung folgt.)